

Fragebogen Stadtratswahlen Zürich

Name, Vorname: ...[Wahlen, Denise](#).....

Zutreffendes ankreuzen

1. Wie wohnen Sie privat:

- Mietwohnung Genossenschaftswohnung
 Eigentumswohnung Einfamilienhaus

2. Sind Sie Vermieter?

- Ja Nein

3. Befürworten Sie das Ziel, den Anteil des gemeinnützigen Wohnungsbaus von einem Viertel auf einen Drittel zu erhöhen?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

[Der genossenschaftliche Bau soll gezielt gefördert werden. Eine Erhöhung des Anteils macht Sinn, um den Markt zu beruhigen und würde sich auf das Preisniveau positiv auswirken. Es sollen aber primär private Genossenschaften berücksichtigt werden, welche sich im Markt bewegen können.](#)

4. Die Volksinitiative „Für bezahlbare Wohnungen und Gewerberäume in der Stadt Zürich“ wendet sich gegen die vom Kanton diktierte Aufwertung der 2'600 städtischen Wohnungen in Fiskalliegenschaften und verlangt die Beibehaltung der bisherigen Kostenmiete. Unterstützen Sie die Initiative?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

[Kostenmiete ist ok, aber die heutige versteckte Subventionierung von Einzelnen in diesen Wohnungen ist ungerecht und belastet den Steuerzahler.](#)

5. Sollen private Eigentümer verpflichtet werden, bei grösseren Neubauprojekten einen Mindestanteil der Wohnungen nach den Grundsätzen der städtischen Wohnbauförderung zu erstellen und zu bewirtschaften (Festsetzung von Zonen für preisgünstigen Wohnungsbau wie in der Stadt Zug)?

- Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

[Dies ist ein heikler Markteingriff. Die Stadt kann aber auf eigenem Land einen gewissen Einfluss mit der Vergabe von Baurechten oder Zonen vornehmen und auch mit Landhandel in diesem](#)

Sinne wirken. Eine Verpflichtung kann ich nicht unterstützen, dafür soll in einer neu zu schaffenden Zonenordnung ein Ausnützungsbonus fest geschrieben werden, der dann für günstigen Wohnraum zu nutzen ist und damit verdichtetes Bauen fördert.

6. Sind Sie damit einverstanden, dass künftig Zweitwohnungen, Business-Appartements und Hotelnutzungen nicht mehr auf den Mindestwohnanteil angerechnet werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Grundsätzlich erachte ich das für einen sinnvollen Vorschlag, befürchte aber einen komplizierten, neuen Administrationsaufwand.

7. Sollen der Stiftung PWG jährliche Abschreibungsbeiträge zum Kauf von Liegenschaften zur Verfügung gestellt werden?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Die PWG bewegt sich auf dem heutigen Immobilienmarkt wie die anderen Spekulanten – einfach staatlich subventioniert. Es kann nicht das Ziel sein, dass die PWG preistreibend auf dem Markt agiert, was sie zurzeit effektiv tut. Die PWG braucht neue Statuten. Die PWG sollte das Angebot vermehren und nicht um vorhandene Liegenschaften buhlen. Man könnte sie aber dazu verpflichten z.B. neue Genossenschaften zu finanzieren.

8. Unterstützen Sie die Forderung, dass der Kanton mehr Mittel für die Wohnbauförderung bereitstellt (Aufhebung des heute gültigen 180-Mio-Franken-Deckels für Darlehen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Aber nur vorübergehend, denn eine gesunde Genossenschaft kann sich auch am Kapitalmarkt versorgen und der Staat sollte nur in Ausnahmefällen als Darlehensgeber einspringen. Momentan würde sich die Massnahme positiv auf Preisniveau, Beschäftigung, usw. auswirken.

9. Sind Sie einverstanden, dass städtische Fördergelder für energetische Sanierungen nur ausgerichtet werden, wenn die Empfänger sich verpflichten, auf eine Kündigung der Mietverhältnisse zu verzichten und die Förderbeiträge zur Reduktion der Mieterhöhung einzusetzen?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Energetische Massnahmen dürfen nicht mit mietrechtlichen Einschränkungen verknüpft werden, da die Förderung als ökologische Massnahme gedacht ist.

10. Unterstützen Sie die Bestrebungen des Mieterinnen- und Mieterverbandes, den mietrechtlichen Kündigungsschutz auf Bundesebene zu verstärken (Missbräuchlicherklärung von Kündigungen nur um eine höhere Miete zu erzielen, Einschränkung der Kündigungsmöglichkeiten bei Renovationen)?

Ja Eher Ja Eher Nein Nein

Bemerkungen:

Der Kündigungsschutz ist heute sehr gut ausgebaut und bedarf keiner Verstärkung mehr, das schädigt nur alle anständigen Vermieter. Eine weitere Verschärfung des Mietrechts wäre falsche Signal für private Investoren und würde daher negativ auswirken.

11. Was für weitere Massnahmen gedenken Sie zu ergreifen, um das Angebot an bezahlbaren Wohnungen zu sichern und zu erhöhen?

1. Mein Ziel ist: Verdichtet bauen! Die Stadt Zürich braucht einen neuen Zonenplan mit echten Hochhauszonen, weil nur ein grösseres Wohnungsangebot die Preise purzeln lässt. Diese Zonen sind in Stadtteile zu legen, die bereits optimal durch den öffentlichen Verkehr erschlossen sind. Damit werden der Pendlerverkehr verringert und die Emissionen reduziert. Neue attraktive Zentren entlasten den historischen Stadtkern und schaffen deutlich mehr Nutzflächen. Zudem sollen auch Grundrisse für neue WG-Wohnformen mit Gemeinschaftsbereich und privaten Räumen (Bad/Schlafen) für Singles jeden Alters angeboten werden.
2. Die Stadt sollte möglichst wenig in den Markt eingreifen, diesen aber positiv beeinflussen. Dazu sind die eigenen Liegenschaften grundsätzlich auch zu bewirtschaften und es ist darauf zu verzichten, dass Wohnungen durch den Steuerzahler subventioniert werden und dann von Personen bewohnt werden, welche eigentlich mehr bezahlen können und Leute, welche günstigen Wohnraum nötig haben, keinen Zugang haben.
3. Besser sind allfällige Mietzinszuschüsse zu gewähren für Familien, welche die Mieten der städtischen Wohnungen nicht bezahlen können im Sinne der Fallfinanzierung. Dabei ist jedoch auf eine klare Beschränkung der subventionierten Wohnfläche pro Person abzustellen.

4. Genossenschaftlicher Wohnungsbau ist aktiv zu fördern im Rahmen von Baulandvergaben der Stadt und im Rahmen von Erbfolgen.
5. Die Stadt kann städtisches Land an Genossenschaften mit Baurecht abgeben mit Auflagen für Minergie P, damit dort zukunftsfähige Wohnungen entstehen.
6. Die Stadt kann auch aktiv in den Markt eingreifen und in gewissen Quartieren Liegenschaften erwerben und diese z.B. dem genossenschaftlichen Wohnbau zuführen, wenn das Gleichgewicht dadurch nicht gestört wird.